ABSCHLUSSBERICHT ÜBER DAS FORSCHUNGSPROJEKT „BRIEFE ZWISCHEN OST- UND WESTEUROPÄISCHEN SOZIALISTEN 1945–1948" *

Von Peter Heumos

Die Geschichte des Wiederaufbaus der Sozialistischen Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg war lange schlecht dokumentiert, und dieser Mangel wurde unter einem wichtigen Aspekt auch nicht behoben, als 1979 in einer umfangreichen Quellenedition die Wortprotokolle der internationalen sozialistischen Konferenzen zwischen 1945 und 1951 veröffentlicht wurden[1]: Obwohl die internationale sozialistische Bewegung nach 1945 von Anfang an auch das östliche Europa einbezog und eine politische Aktionsebene darstellte, auf der bis 1948 trotz wachsender Spannungen zwischen den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition ein vergleichsweise intensiver west-östlicher Dialog aufrechterhalten wurde, pflegt die bisherige Literatur eine ganz und gar um Westeuropa zentrierte Betrachtungsweise, die jenem Dialog überhaupt nicht gerecht wird. Ein Musterbeispiel in diesem Zusammenhang ist eine vor mehr als zehn Jahren erschienene Untersuchung zu den Europaplänen und der Europapolitik der französischen Sozialisten zwischen 1940 und 1950[2], in der – so eindeutig sich die Konzeption der „troisième force" auf den gesamten europäischen Raum bezog – die Länder des östlichen Europa nur schemenhaft als stumme Objekte dieser Politik wahrgenommen werden und die sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Rumäniens und Bulgariens nicht mit einer einzigen Stellungnahme zu Wort kommen. Nicht besser verhält es sich mit dem Standardwerk zur Geschichte der Internationale von Braunthal, dessen dritter Band ansatzweise zwar auch die Beziehungen zwischen den west- und osteuropäischen Sozialisten nach dem Zweiten Weltkrieg thematisiert, die Geschichte der durchweg mit den kommunistischen Parteien kooperierenden sozialistischen Parteien Ostmittel- und Südosteuropas aber vor lauter eiferndem Antikommunismus bestenfalls als eine einzige „chronique scandaleuse" entrollt[3]. Die Geschichtsschreibung in Osteuropa konnte sich unter kommunistischer Herrschaft des Themas nicht in solider Weise

---

* Der vorliegende Forschungsbericht ist gegenüber dem Abschlußbericht für die DFG vom 7. September 1994 etwas erweitert worden.

[1] Steininger, Rolf: Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg. Die deutsche Frage, die Internationale und das Problem der Wiederaufnahme der SPD auf den internationalen sozialistischen Konferenzen bis 1951 unter besonderer Berücksichtigung der Labour Party. Darstellung und Dokumentation. Bonn 1979 (Archiv für Sozialgeschichte. Beiheft 7).

[2] Loth, Wilfried: Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950. Stuttgart 1977.

[3] Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale. Bd. 3. Hannover 1971.

annehmen. Ansätze dazu in der Tschechoslowakei[4] und in Ungarn[5] liegen Jahrzehnte zurück, und heute, unter grundlegend veränderten politischen Voraussetzungen, werden die nationalen Historiographien im östlichen Europa offensichtlich von anderen Problemen umgetrieben als von dem Interesse an der Aufarbeitung der Geschichte des Sozialismus.

Unter solchen historiographischen Bedingungen bleibt weiterhin in Vergessenheit, daß die osteuropäischen Sozialisten bzw. Sozialdemokraten einen zentralen, wenn nicht den überhaupt wichtigsten politischen Impuls der europäischen sozialistischen Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg ebenso nachdrücklich mitgetragen haben wie die Sozialisten Westeuropas: die Überwindung der nationalstaatlichen Organisation des Kontinents und den Aufbau einer wirtschaftlich und politisch integrierten europäischen Föderation. Für diese Zielvorstellung traten die osteuropäischen Sozialisten schon während des Zweiten Weltkriegs und lange vor dem Zeitpunkt ein, an dem deutlich wurde, daß die Neuordnung Ostmittel- und Südosteuropas nach dem Krieg nicht ohne Berücksichtigung der Interessen der Sowjetunion vonstatten gehen würde[6]. Ebenso gerät unter den angedeuteten Prämissen aus dem Blick, daß es auch und gerade die osteuropäischen Sozialisten waren, die zusammen mit den Sozialisten aus den westeuropäischen Ländern die einzige wirkliche Alternative zum Kalten Krieg, zur ideologisch-politischen Blockbildung und zum Dilemma von hie Sowjetkommunismus und da „free-to-all"-Kapitalismus anzubieten hatten.

Diese Überlegungen und andere Fragestellungen, die den folgenden Ausführungen entnommen werden können, standen am Ausgangspunkt des Forschungsvorhabens „Briefe zwischen ost- und westeuropäischen Sozialisten 1945–1948".

1. Archivaufenthalte

Im Rahmen des von der DFG im Oktober 1989 bewilligten und im Mai 1994 abgeschlossenen Forschungsprojekts wurden folgende Archivaufenthalte durchgeführt, die – mit einer Ausnahme – jeweils zehn Tage dauerten:

Amsterdam (Internationales Institut für Sozialgeschichte),
Paris (L'Office Universitaire de Recherche Socialiste),
Prag (Archiv der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie),

---

[4] Končelík, Zdeněk: Československá sociální demokracie v mezinárodním socialistickém hnutí v letech 1945–1948 [Die Tschechoslowakische Sozialdemokratie in der internationalen sozialistischen Bewegung in den Jahren 1945–1948]. In: K dějinám Československé sociální demokracie [Zur Geschichte der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie]. Praha 1968, 258–317.

[5] Jemnitz, János: A magyarországi szociáldemokrata párt külpolitikai irányvonalának alakulásához 1945–1948 [Die Entwicklung der außenpolitischen Zielvorstellungen in der Sozialdemokratischen Partei Ungarns 1945–1948]. Történelmi Szemle 8 (1965) 133–197.

[6] Für die polnischen Sozialisten vgl. dazu die von Olena Zaremba-Blatonowa, Lidia Ciołkoszowa und Wanda Czapska-Jordan herausgegebene Quellenedition: „My tu żyjemy jak w obozie warownym". Listy PPS-WRN Warszawa-Londyn 1940–1945 [„Wir leben hier wie in einem Festungslager". Briefe der und WRN Warschau-London 1940–1945]. London 1992.

Warschau (Archiwum Akt Nowych),
London (Public Record Office),
Manchester (Labour Party Archives),
Budapest (Staatliches Zentralarchiv).

Material für das Forschungsprojekt stellten ferner das Camille Huysmansarchief in Antwerpen, das Schweizerische Sozialarchiv in Zürich und die Mitchell Library in Glasgow zur Verfügung. Für die Veröffentlichung kommen noch Materialien aus dem Archiv der Fabian Society (Oxford) und dem Institut Emil Vandervelde (Brüssel) hinzu.

2. *Art und Repräsentativität des Archivmaterials*

Ziel des Forschungsvorhabens ist die Erstellung einer Quellenedition, die folgende Arten von (fast ausnahmslos unveröffentlichten) Dokumenten enthalten wird:

a) Briefe zwischen osteuropäischen (polnischen, polnisch-jüdischen, tschechischen, ungarischen, bulgarischen, rumänischen) und westeuropäischen (britischen, französischen, niederländischen, belgischen, deutschen, schweizerischen) Sozialisten bzw. Sozialdemokraten. Ein erheblicher Teil dieser Briefe hat inoffiziell-privaten Charakter. Der Quellentypus des Briefes macht rund 80 Prozent der gesamten Texte aus, die in die Edition aufgenommen werden sollen.

b) Protokolle von Gesprächen zwischen ost- und westeuropäischen Sozialisten.

c) Erfahrungsberichte osteuropäischer Sozialisten/Sozialdemokraten über die politische und ideologische Entwicklung in westeuropäischen sozialistischen Parteien.

d) Erfahrungsberichte westeuropäischer Sozialisten/Sozialdemokraten über die politische und ideologische Entwicklung in osteuropäischen sozialistischen Parteien.

e) Reden, Vorträge und Referate osteuropäischer Sozialisten auf Kongressen westeuropäischer sozialistischer Parteien.

f) Reden, Vorträge und Referarte westeuropäischer Sozialisten auf Kongressen osteuropäischer sozialistischer Parteien.

g) Berichte von Kommissionen, die im offiziellen Auftrag der Internationalen Sozialistischen Konferenz (ISC) und des Sozialistischen Informations- und Verbindungsbüros (SILO) die inneren Verhältnisse osteuropäischer sozialistischer Parteien untersuchten.

Es ist kaum abzuschätzen, welcher Anteil an der gesamten Korrespondenz zwischen ost- und westeuropäischen Sozialisten im Untersuchungszeitraum durch die geplante Edition erfaßt wird. Einige Nachlässe osteuropäischer Sozialisten bzw. Sozialdemokraten, die nachweislich brieflichen Kontakt zu westeuropäischen Genossen unterhielten, befinden sich in Privatbesitz und sind faktisch unzugänglich. Viele Briefe – obwohl in den Inventaren und Bestandsverzeichnissen der genannten Archive verzeichnet – sind in den Beständen nicht mehr vorhanden. Diese Defizite erschweren die Beantwortung der Frage, ob die von Land zu Land variierende Quantität des Quellenmaterials auf Unterschiede in der Intensität der Beziehungen zwischen den

ost- und westeuropäischen Sozialisten schließen läßt oder nicht. Noch schwieriger wird es, wenn man danach fragt, welche Aussagekraft die oben angeführten Quellentypen für das Verhältnis zwischen ost- und westeuropäischen Sozialisten im Zeitraum 1945–1948 überhaupt haben, da dieses Quellenmaterial natürlich nur einen Teil des gesamten Beziehungsgeflechts zwischen beiden Gruppierungen darstellt. Die Forschungsarbeiten haben gezeigt, daß viele Kontakte und Begegnungen überhaupt nicht dokumentiert sind; dazu gehören u.a. die mehrwöchigen Aufenthalte osteuropäischer (zumeist ungarischer und tschechischer) Sozialdemokraten in Großbritannien als Gäste der Labour Party oder der Fabian Society sowie eine Reihe informeller Treffen westeuropäischer Sozialisten mit Vertretern osteuropäischer sozialistischer Parteien in Prag, Warschau, Budapest und Bukarest.

Als repräsentativ lassen sich die Texte der geplanten Edition einmal insofern bezeichnen, als in ihnen alle wichtigen Gruppierungen der osteuropäischen sozialistischen Parteien und vor allem auch in hohem Maße die oppositionellen sozialistischen Bewegungen zu Wort kommen, die sich in Rumänien (Constantin T. Petrescu), Bulgarien (Kosta Lulčev), Polen (Zygmunt Żuławski und die PPS-Vertretung in London) und Ungarn (Karoly Peyer) außerhalb der „offiziellen" und zumeist in Kooperation mit den kommunistischen Parteien an den Koalitionsregierungen beteiligten sozialistischen Parteien entwickelten. Ebenso gilt für die westeuropäischen sozialistischen Parteien, daß deren starke innere Differenzierung in der Edition ihren Niederschlag finden wird; so betrifft beispielsweise ein erheblicher Teil der Quellen zur Labour Party den linken Flügel der Partei um Laski und Zilliacus. Zweitens ist das Spektrum der in den Texten angesprochenen Themen so breit, daß man von einem beinahe lükkenlosen west-östlichen Kommentar aus sozialistischer Perspektive zu allen wichtigen politischen Fragen und Problemen der Jahre 1945–1948 sprechen kann.

Die Einleitung zu der Edition soll die hier nur angedeutete Frage nach der Repräsentativität und dem Aussagegehalt der Quellen ausführlich und in einem größeren methodischen Zusammenhang behandeln. Dazu gehört auch, daß die Informationen, wie sie die bisherige (vor allem westliche) Literatur über die osteuropäischen sozialistischen Parteien vermittelt hat, mit den Informationen der edierten Texte verglichen werden. Es ist notwendig, gewisse stereotype Betrachtungsweisen, Deutungsmuster und Einseitigkeiten dieser Literatur zurechtzurücken.

3. Zusammenfassung der wichtigsten Forschungsergebnisse

Durch die Beschränkung auf die Jahre 1945–1948 (ursprünglich bestand die Absicht, im Rahmen des Forschungsprojekts Briefe für den Zeitraum 1918–1948 zu sammeln) ist eine sehr weitgehende thematische Geschlossenheit der Edition erreicht worden. Durchgängiges Thema aller Dokumente sind – unter dem einen oder anderen Gesichtspunkt – die Entwicklungsperspektiven der ostmitteleuropäischen Volksdemokratie aus sozialistischer bzw. sozialdemokratischer Sicht, d.h. die Frage nach den Möglichkeiten, unter den Bedingungen starker außenpolitischer Bindungen Ostmittel- und Südosteuropas an die Sowjetunion und einer durchweg dominierenden Stellung der kommunistischen Parteien in diesen Ländern eine zugleich sozialistische wie demokratisch und parlamentarisch verfaßte Gesellschaftsordnung aufzubauen.

Von daher ist die Edition zunächst ein Beitrag zur Vorgeschichte der kommunistischen Systeme im östlichen Europa unter dem Aspekt des Scheiterns bzw. der gewaltsamen Liquidierung gesellschaftspolitischer Alternativen. Durch die Einbeziehung der westeuropäischen sozialistischen politischen Zielvorstellungen ist die Edition zweitens ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Ost-West-Konflikts und des Kalten Krieges sowohl auf der Ebene der bis Anfang 1948 gesamteuropäisch organisierten und institutionell integrierten sozialistischen Bewegung als auch auf der Ebene der Außenpolitik der europäischen Staaten und der beiden Großmächte USA und UdSSR, die den Handlungs- und Bewegungsspielraum der sozialistischen Parteien in Ost und West spätestens seit 1947 tatsächlich einschränkte oder als Barriere erschien, deren Überwindbarkeit von vorneherein gar nicht mehr auf die Probe gestellt wurde. Während die bisherige Literatur mit ganz wenigen Ausnahmen die Entstehung des Ost-West-Konflikts im Rahmen klassischer Staatengeschichte unter dem Primat der Außenpolitik, der Sicherung der nationalen Unabhängigkeit und der Abwehr imperialer (vor allem sowjetischer) Großmachtstrategien behandelt, bietet die geplante Edition somit auch und in erster Linie Quellenmaterial zu einer weit darunter liegenden politischen Aktionsebene, deren Entwicklung den tradierten Interpretationsmustern des Ost-West-Konflikts schon dadurch eine Reihe neuer Gesichtspunkte hinzufügt. Zu diesen gehört nicht zuletzt eine Revision der allgemein geteilten Annahme, die Auseinandersetzung zwischen den Großmächten und zumal der sowjetische Einfluß auf Ostmittel- und Südosteuropa seien für die nichtkommunistischen politischen Kräfte von Anfang an derart determinierend gewesen, daß man ihre Handlungsstrategien nur als eine a priori immer schon vollzogene Anpassung an diese Tatsache, mithin nicht als Ausdruck ihres authentischen politischen Wollens verstehen könne.

Die Perspektive einer gesamteuropäischen, Ost und West integrierenden sozialistischen Zusammenarbeit nach 1945 (mit dem Fernziel eines unter sozialistischen Vorzeichen vereinigten Europa) war von Anbeginn durch das Problem des Verhältnisses zwischen den sozialistischen/sozialdemokratischen und den kommunistischen Parteien belastet: Während die osteuropäischen Sozialisten in ihren Ländern mit den Kommunisten in verschiedenen Formen, zumeist im Rahmen von Bündnissen des Typs der Nationalen oder Patriotischen Front, auf Regierungsebene kooperierten und deshalb auch dafür plädierten, daß die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg als Arbeiterinternationale wiederaufgebaut werden sollte, d. h. unter Einbeziehung der kommunistischen Parteien, lehnten die westeuropäischen sozialistischen Parteien Allianzen mit den Kommunisten mehrheitlich ab oder waren allenfalls zu kurzfristigen, taktisch begründeten Bündnissen bereit.

Die Frage der Zusammenarbeit von Sozialisten und Kommunisten in den ostmittel- und südosteuropäischen Ländern, die fast alle Dokumente der Edition in der einen oder anderen Weise aufgreifen, ist in der Literatur bislang in der Regel eher verkürzt dargestellt worden. Häufig wird argumentiert, daß diese Zusammenarbeit lediglich unter dem Druck der Sowjetunion und der durch Moskau gestützten kommunistischen Parteien zustande gekommen sei, die die sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien für ihr Konzept einer am Sowjetsozialismus orientierten Volksdemokratie instrumentalisierten; daß Kryptokommunisten in den Reihen der Sozialisten die

Bündnisse mit den Kommunisten einfädelten und diesen die sozialistischen Parteien am Ende auslieferten; daß die außenpolitische Abhängigkeit der ostmittel- und südosteuropäischen Länder von Moskau eine selbständige sozialistische Politik von vornherein unmöglich machte etc. Aus den Briefen geht jedoch auch ein anderes und grundsätzliches Motiv hervor: Zur Kooperation mit den kommunistischen Parteien sahen sich die Sozialisten nicht zuletzt deshalb gezwungen, weil rechts von ihren Parteien fast überall im östlichen Europa demokratische Mittelschichten fehlten, die sowohl für eine sozialistische als auch demokratische gesellschaftliche Entwicklungsperspektive hätten gewonnen werden können. Am klarsten hat dies 1946 der Chefttheoretiker der PPS, Julian Hochfeld, in einem (fiktiven) Brief an einen „Genossen aus der Labour Party" herausgearbeitet, in dem der PPS-Funktionär vor allem auf den unterschiedlichen Entwicklungsstand des west- und osteuropäischen Bürgertums und speziell die Schwäche des polnischen Bürgertums als einen Teil des Bedingungszusammenhangs hinwies, in dessen Rahmen die PPS ihre gesellschaftspolitischen Strategien formulieren mußte. In der Tat waren diejenigen sozialistischen Gruppierungen in Osteuropa, die aus ihrem politischen Selbstverständnis heraus eine Kooperation mit den Kommunisten grundsätzlich ablehnten und sowohl zu diesen als auch zu den an der Regierung beteiligten „offiziellen" sozialistischen Parteien in Opposition gingen, bei der Festlegung ihrer eigenen sozialistischen Zielvorstellungen gezwungen, erhebliche Abstriche zu machen: Ihnen boten sich als potentielle Bündnispartner – neben einflußlosen Intellektuellenzirkeln – faktisch nur die Bauernparteien an, die zwar für die parlamentarische Demokratie, aber durchaus nicht für sozialistische Experimente zu haben waren.

Die westeuropäischen sozialistischen Parteien sind sich – zumindest im Hinblick auf Bulgarien und Rumänien und in gewissem Maße auch Polen – nicht völlig schlüssig geworden, wie weit sie die eine oder andere sozialistische Strömung unterstützen sollten. Noch im Sommer 1947 diente der Aufenthalt einer Delegation der britischen Labour Party in Rumänien vor allem anderen dem Zweck, sich ein genaues Bild von der Situation der „oppositionellen" und der „Regierungssozialisten" zu machen, um dann entscheiden zu können, welche der beiden Gruppierungen von der Labour Party und der internationalen sozialistischen Bewegung als genuiner Vertreter des rumänischen Sozialismus zu betrachten sei. Im November 1947 lag der internationalen sozialistischen Konferenz in Antwerpen der Bericht einer Kommission vor, die im Auftrag des SILO die Verhältnisse sowohl in der mit den Kommunisten kooperierenden als auch in der gegen diese opponierenden Bulgarischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei untersucht hatte. Daß im rumänischen wie im bulgarischen Fall schließlich gegen die antikommunistisch eingestellten Sozialdemokraten entschieden wurde, kann nicht über die Sympathien hinwegtäuschen, die denjenigen osteuropäischen sozialistischen Bewegungen im Westen entgegengebracht wurden, die Aktionsbündnisse mit den kommunistischen Parteien ihres Landes ablehnten; dies belegen u. a. der Briefwechsel des ehemaligen Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Camille Huysmans, mit dem polnischen Sozialisten Ciołkosz (in der Emigration in London) und die Protokolle der Gespräche, die der PPS-Delegierte Dębnicki im Frühjahr 1946 in Paris mit der Führungsspitze der französischen Sozialisten (SFIO) führte.

Auf der Ebene der internationalen sozialistischen Bewegung konnte die Labour Party – als stärkste und damit führende Partei dieser Bewegung – gegen offensichtlich starke Widerstände der SFIO im großen und ganzen durchsetzen, daß grundsätzlich die mit den Kommunisten verbündeten osteuropäischen sozialistischen Parteien als legitime Repräsentanten der sozialistischen Bewegung ihrer Länder anerkannt wurden und den entsprechenden Status in den internationalen sozialistischen Organisationen erhielten. Mit dieser Entscheidung trennten sich – auch und gerade im Falle Labours – die Wege und Zielvorstellungen der internationalen sozialistischen Bewegung und der von den meisten europäischen Staaten verfolgten Außenpolitik: Anders als die Labour Party ging das Foreign Office jedenfalls bereits 1946 dazu über, in Osteuropa bewußt die antikommunistischen Kräfte zu stützen. Während das Foreign Office beispielsweise in Rumänien den Vorsitzenden der oppositionellen Sozialisten, Petrescu, hofierte und in die Front gegen die rumänische KP einreihte, stießen dessen Versuche, sich der Hilfe Labours, der SFIO und anderer westeuropäischer sozialistischer Parteien zu versichern, auf taube Ohren.

Labour hatte – wie aus den Briefen und anderen Dokumenten der Edition deutlich wird – für diese Strategie gegenüber den Sozialisten in Osteuropa zwei zentrale Argumente. Zum einen war die Labour-Führung (und mit ihr die Mehrheit der anderen sozialistischen Parteien Westeuropas) davon überzeugt, daß die Perspektive des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaftsordnung im westlichen und östlichen Nachkriegseuropa entscheidend vom Fortbestand der Anti-Hitler-Koalition abhing, und daher mußte die Notwendigkeit hingenommen werden, in der Politik gegenüber den sozialistischen Parteien Osteuropas alles zu unterlassen, was zu einer Beeinträchtigung des Verhältnisses zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion hätte führen können. Dazu gehörte auch, daß Labour – wenn auch nicht theoretisch, so doch in der politischen Praxis – die Zielvorstellung der kommunistischen Parteien von der „Einheit der Arbeiterklasse" nicht dadurch unterlaufen wollte, daß sie sozialistischen Gruppen in Osteuropa den Rücken stärkte, die – wie Żuławski in Polen, Lulčev in Bulgarien und Petrescu in Rumänien – den Kampf gegen den Kommunismus zu einem wesentlichen Teil ihrer politischen Programmatik machten. Unter solchen Voraussetzungen mußten British Labour und die anderen westeuropäischen sozialistischen Parteien Westeuropas allerdings zugleich bis zu einem gewissen Grad die Augen vor der Tatsache verschließen, daß die Machtstellung der in die Regierungen der osteuropäischen Länder eingebundenen sozialistischen Parteien auch darauf beruhte, daß die alten Garden dieser Parteien, die durchweg klassische sozialdemokratische Positionen vertreten hatten, mit stillschweigender Duldung der neuen Führungsgarnituren durch kommunistischen Terror und Interventionen Moskaus erheblich dezimiert oder völlig vernichtet wurden. Das bekannteste Beispiel hierfür ist Polen, wo Innenministerium und NKWD – wie der PPS-Veteran Adam Ciołkosz in zahlreichen Briefen an die Führung Labours, der SFIO und an westeuropäische Teilnehmer internationaler sozialistischer Konferenzen beschrieb – seit 1944 Jagd auf die herausragenden Vertreter der PPS aus der Zwischenkriegszeit machten. Politischer Hintergrund war hier die von den alten PPS-Kadern im Zweiten Weltkrieg verfolgte antisowjetische Politik im Widerstand.

Ein zweites wichtiges Argument, mit dem die westeuropäischen sozialistischen

Parteien ihre Osteuropa-Politik und die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen „Regierungssozialisten" begründeten, schließt an die eben skizzierten Zusammenhänge an und läßt sich vor allem aus den Berichten Healeys herauslesen, die er als Vorsitzender des International Sub-Committee der Labour Party über seine häufigen Besuche in Ostmittel- und Südosteuropa in den Jahren 1945–1948 verfaßte. Healey setzte darauf, daß mit dem Abebben der revolutionären Nachkriegsflut in Osteuropa und dem damit schwindenden Einfluß der kommunistischen Parteien auch die sozialistischen Parteien zu traditionellen, mit westeuropäischen sozialistischen Konzepten eher vergleichbaren Positionen zurückkehren würden. Es kam also darauf an, den osteuropäischen Sozialisten geduldig und konzessionsbereit über eine schwierige Phase ihrer Entwicklung hinwegzuhelfen, durch die Kooperation mit ihnen ihr internationales Prestige zu stärken und pragmatisch zu verfahren, indem man die ideologischen und praktisch-politischen Differenzen zwischen Ost und West – und hier an erster Stelle das kommunistische Problem – nicht gleich zu schwerwiegenden Grundsatzfragen hochspielte. Mit der Erwartung eines politischen „roll-back" in Osteuropa wurde natürlich die organisatorische Stärke der sozialistischen Parteien zu einem bedeutsamen Faktor, und es ist bezeichnend, daß bei den erwähnten Entscheidungen darüber, welche der sozialistischen Gruppierungen in Bulgarien und Rumänien zur internationalen sozialistischen Gemeinschaft zugelassen werden sollte, das Argument der organisatorischen Schlagkraft schwerer wog als der Nachweis einer strikt demokratischen Einstellung.

Die Tatsache, daß auf der Ebene der sozialistischen Parteien Europas länger als auf der Ebene staatlicher Außenpolitik ein organisatorisch-politischer Zusammenhang zwischen Ost und West gewahrt blieb, ist somit nicht in jeder Hinsicht ein Indiz für ein besonders hohes Maß an Übereinstimmung beider Seiten, sondern beruhte auch auf einer bewußten Konfliktvermeidungspolitik der westeuropäischen sozialistischen Parteien, speziell Labours. Dies hieß nun freilich keineswegs, daß sich deren Strategie auf eine „attentistische" Position beschränkt hätte, auf das Warten auf bessere Zeiten. Den Schwerpunkt vor allem der Politik Labours in Osteuropa bildete ganz offensichtlich – wie aus zahlreichen Texten der Edition hervorgeht – der kontinuierliche Versuch, durch die Unterstützung der als weniger prokommunistisch angesehenen Führungsgruppen *innerhalb* der offiziellen sozialistischen Parteien den oben angedeuteten Prozeß des „Abflauens" der Revolution und des Machtrückgangs der kommunistischen Parteien zu beschleunigen. Es ist bislang angenommen worden, daß sich die Labour Party dabei im wesentlichen auf moralische Unterstützung beschränkte. Die Briefe zeigen nun aber, daß Labour trotz des zwischen den Parteien in Ost und West akzeptierten „tacit principle of non-interference in one another's sphere" (Denis Healey) eine erheblich aktivere Rolle gespielt hat und – beispielsweise im Fall der ungarischen Sozialdemokraten – direkt in die inneren Verhältnisse und Auseinandersetzungen der osteuropäischen sozialistischen Parteien eingriff. Im September 1947 wurde in London zwischen dem britischen Außenminister Bevin, Healey und dem ungarischen Sozialdemokraten Vilmos Böhm, hinter dem eine starke Fraktion im Vorstand der ungarischen Sozialdemokratie stand, der Plan abgesprochen, den prokommunistischen Flügel der Partei um Generalsekretär Szakasits zu stürzen. Auch in der rumänischen Sozialdemokratie, die unter Lotăr Rădăceanu und Voitec mit den

Kommunisten eng zusammenarbeitete, sicherte sich die Labour Party mit der Zeit eine Reihe von Stützpunkten, die sich nicht zufällig um den sozialdemokratischen Botschafter Rumäniens in der Schweiz, Serban Voinea, gruppierten, der zwischen den Positionen des antikommunistischen Petrescu und des prokommunistischen Rădăceanu einen vermittelnden Kurs zu steuern versuchte.

Das Protokoll der Beratung zwischen Bevin und Böhm führt unmittelbar zu der Frage, wieviel politischen Handlungsspielraum die osteuropäischen sozialistischen Parteien in der spezifischen außenpolitischen Situation ihrer Länder konkret besaßen, denn ein Unternehmen wie das der Böhm-Gruppe, obendrein in Zusammenarbeit mit der Führungsspitze der Labour Party, mußte doch – als unmittelbar gegen die Interessen der ungarischen KP gerichtet – energische Reaktionen Moskaus in Rechnung stellen, und dies um so mehr, als gerade die ungarischen Kommunisten – wie die Auseinandersetzungen um das Kabinett Ferenc Nagy gezeigt hatten – bei ihnen gefährlich werdenden Aktionen ihrer politischen Gegner mit der These von einer „staatsfeindlichen Verschwörung" oder einem „Komplott der internationalen Reaktion" schnell bei der Hand waren. Während die gängige Auffassung besagt, daß die ostmittel- und südosteuropäischen Regierungen – von den politischen Parteien dieser Länder ganz zu schweigen – spätestens seit Ende 1946 nicht mehr aus dem Schatten Moskaus heraustreten konnten, dokumentieren die Briefe der Edition ein breites, von Land zu Land allerdings stark variierendes Spektrum von Aktivitäten der sozialistischen Parteien Osteuropas auf internationaler Ebene, die durchaus nicht mit den Zielvorstellungen der kommunistischen Parteien und Moskaus konform gingen bzw. in vielen Fällen mit diesen kollidierten. Die größte Konfliktbereitschaft bewies in diesem Zusammenhang zweifellos die ungarische Sozialdemokratie, die sich beispielsweise während der Pariser Friedenskonferenz 1946 und bei dem Aufnahmeantrag Ungarns in die UNO 1947 klar gegen die sowjetische Politik stellte, wie zwei aufschlußreiche Quellen der Edition deutlich machen. Darüber hinaus zögerten die für die politisch-organisatorische Unabhängigkeit der ungarischen Sozialdemokratie eintretenden Führungsgruppen der Partei nicht, ihre spezifischen Interessen gegenüber den sowjetischen Agenturen in Ungarn klarzumachen: Wie aus einem Brief Böhms an Healey hervorgeht, hatte sich der ungarische Sozialdemokrat in einer Unterredung mit dem sowjetischen Vertreter in der Alliierten Kontrollkommission in Budapest des Stillhaltens Moskaus bei der Entmachtung des mehr oder weniger prokommunistischen Generalsekretärs der sozialdemokratischen Partei versichert. Nur unter der Voraussetzung, daß die osteuropäischen sozialistischen Parteien selbst in die Offensive gingen, um sich von allzu großer Abhängigkeit von den kommunistischen Parteien zu befreien, und sich der realen Erfolgsaussichten vergewisserten, die bei den dann zu erwartenden Konflikten bestanden, war die Labour Party im übrigen bereit, ihre Hilfe und Unterstützung anzubieten. „We cannot decently offer support to individuals or groups", schrieb Healey im Dezember 1946 an den Unterstaatssekretär im Foreign Office, Christopher Mayhew, in einem Strategiepapier zur Politik Labours in Rumänien, „unless we are prepared to give them material backing if our support leads them into dangerous policies".

Am anderen Ende der Skala – was Bereitschaft und Fähigkeit zum Konflikt mit den kommunistischen Parteien und Moskau betrifft – stand die Tschechoslowakische

Sozialdemokratie, die sich frühzeitig – aufgrund der vorliegenden Dokumente jedenfalls schon im Sommer 1946 – an der Vorstellung von der Existenz zweier unverrückbarer ideologischer Blöcke in Europa zu orientieren begann, sich in Klagen über ihren eingeschränkten internationalen Handlungsspielraum erging, den sie aus dieser Konstellation ableitete, und bei allen sich auf internationaler Ebene bietenden Anlässen (zumal den internationalen sozialistischen Konferenzen) keinen Zweifel an ihrer bedingungslosen Loyalität gegenüber der Sowjetunion aufkommen ließ. Noch der Bericht, den die emigrierte sozialdemokratische Führung im Juni 1948 für das Committee of the International Socialist Conference (COMISCO) verfaßte, läßt diese Folgebereitschaft deutlich erkennen, indem wichtige außenpolitische Weichenstellungen, die die Tschechoslowakische Sozialdemokratie vor 1948 nahezu widerspruchslos mitvollzogen hatte (Marshallplan), gar nicht problematisiert werden.

Vor allem aus den Dokumenten, die die PPS betreffen, läßt sich ein Argument herauslesen, das die osteuropäischen Sozialisten immer wieder an ihre westeuropäischen Genossen herantrugen und das aus ihrer Sicht eine entscheidende Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des west-östlichen sozialistischen Kommunikations- und Aktionszusammenhangs und die Bewahrung der Selbständigkeit der sozialistischen Parteien Osteuropas bildete: Nachdem die gesellschaftliche Umgestaltung im östlichen Europa nach 1945 weiter vorangetrieben worden war als in Westeuropa, fiel den westeuropäischen sozialistischen Parteien die Aufgabe zu, alles daranzusetzen, daß der Westen mit dem Osten in dieser Hinsicht „gleichzog", denn weitreichende sozialistische Veränderungen in Westeuropa – die Hoffnungen richteten sich in erster Linie auf Großbritannien nach dem Wahlsieg Labours, auf Frankreich und auch auf Italien – würden Moskau der Notwendigkeit entheben, Druck auf die osteuropäischen Staaten auszuüben, da diese bei einer erheblichen Anhebung des revolutionären Niveau in Westeuropa nicht mehr als Grenzwall gegen den „kapitalistischen Westen" angesehen werden konnten. Der PPS-Chef Józef Cyrankiewicz brachte diese Überlegung im Dezember 1947 auf die Formel, daß Polen nicht „als Brücke zwischen der russischen Revolution und dem kapitalistischen Westen" fungieren könne. Die Bewahrung der nationalen Unabhängigkeit Polens und der Eigenständigkeit der sozialistischen Bewegung in Polen setze eine „soziale Revolution" im westlichen Europa voraus. Nur vor dem Hintergrund dieses Argumentationszusammenhangs wird verständlich, warum die osteuropäischen Sozialisten so außerordentlich empfindlich und nervös reagierten, wenn westeuropäische sozialistische Parteien Verbindungen mit nichtsozialistischen Gruppierungen eingingen oder Kontakte zu offen antikommunistisch agierenden Kreisen aufnahmen bzw. unterhielten. Die Führungsspitze der ungarischen Sozialdemokratie überbot sich geradezu in Protesterklärungen, als die niederländische Sozialdemokratie einige völlig ephemere christlich-soziale Gruppen in die Partei aufnahm. Die PPS schickte im Frühjahr 1946 eigens eine Delegation nach Paris, die in tagelangen Gesprächen versuchte, die französischen Sozialisten von ihren Kontakten zu den auch im Rahmen der internationalen sozialistischen Bewegung gänzlich einflußlosen, doch extrem antikommunistisch eingestellten PPS-Emigranten in London abzubringen. Nur so werde es möglich sein, argumentierte die Delegation, der von Moskau und den kommunistischen Parteien mit klassenpolitischen Parolen (etwa von der Art, daß sich die westeuropäischen sozialistischen

Parteien im Schlepptau der kapitalistischen Reaktion befänden) betriebenen Verschärfung des Ost-West-Konfliktes entgegenzuwirken und die internationale Gemeinsamkeit der Sozialisten aus Ost und West aufrechtzuerhalten. Wie aus dem Bericht eines SFIO-Delegierten hervorgeht, der im Oktober 1947 in Warschau Gespräche mit der PPS-Spitze führte, war die PPS zu diesem Zeitpunkt bereits dazu übergegangen, die kommunistischen Thesen für die eigenen Interessen nutzbar zu machen: Wenn es zutraf, daß sich die westeuropäischen sozialistischen Parteien zunehmend dem Druck der kapitalistischen Restauration Westeuropas beugten, dann konnte die PPS dem nicht tatenlos zusehen, sondern mußte – wie alle anderen osteuropäischen sozialistischen Parteien auch – ihre Westkontakte intensivieren und dabei versuchen, die revolutionären Kräfte in den westeuropäischen sozialistischen Parteien zu mobilisieren. Mit dem gleichen Argument versuchten auch die ungarischen Sozialdemokraten ihre Beziehungen zu den westeuropäischen Sozialisten gegen kommunistische Anfeindungen zu immunisieren. Schon Ende 1945 hatten sie – nach dem Bericht ihres Delegierten Buchinger über seine Teilnahme am Parteikongreß der österreichischen Sozialisten im Dezember 1945 in Wien – die offenkundige Unfähigkeit der SPÖ, mit der braunen Hinterlassenschaft Österreichs aus den Jahren 1938–1945 fertig zu werden, zum Anlaß genommen, eine politische Westoffensive der osteuropäischen sozialistischen Parteien zu fordern.

Einen zweiten außenpolitischen Entlastungseffekt für Osteuropa versprachen sich die ostmittel- und südosteuropäischen Sozialisten von einer Regelung der deutschen Problematik, die von allen Großmächten getragen wurde. Konnten die Verhältnisse in Deutschland mit Beteiligung und Zustimmung der Sowjetunion geklärt und Deutschland als Ganzes unter gemeinsame Kontrolle der Alliierten gestellt werden, würde Moskau darauf verzichten, sich Osteuropa als Glacis gegen Deutschland einzuverleiben. Daß die deutsche Frage unter diesem Gesichtspunkt in den Überlegungen der osteuropäischen Sozialisten eine außerordentlich wichtige Rolle spielte, zeigen die Briefe der Führungsgremien der PPS, der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie, der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Polen an COMISCO im Frühjahr 1948, in denen diese Parteien den Abbruch ihrer Beziehungen zu den westeuropäischen sozialistischen Parteien und zur – noch im Aufbau befindlichen – Sozialistischen Internationale erklärten. Nicht ideologisch-politische Gründe, sondern die mit der deutschen Frage verknüpften Probleme – und dahinter stand natürlich die millionenfache Erfahrung von Leid und Elend, die das Dritte Reich gerade über Osteuropa gebracht hatte – scheinen nach diesen Briefen der ausschlaggebende Grund für die Aufkündigung der gesamteuropäischen sozialistischen Zusammenarbeit gewesen zu sein.

Die einschlägigen Darstellungen sind sich darin einig, daß der Marshallplan die europäische sozialistische Bewegung auseinanderdividiert hat, und das ist insofern richtig, als die amerikanische Initiative den expliziten Vorherrschaftsanspruch Moskaus in Osteuropa provozierte und den osteuropäischen sozialistischen Parteien auf der internationalen sozialistischen Konferenz in London am 10. Januar 1948 schließlich eine klare Entscheidung für oder gegen den Marshallplan abverlangt wurde. Nach Lage der Dinge – die Regierungen der osteuropäischen Länder (in denen die Sozialisten durchweg vertreten waren) hatten bereits Monate zuvor unter sowjetischem Druck

ihre Teilnahme am Marshallplan absagen müssen – blieb den osteuropäischen Sozialisten kaum mehr, als ihre ablehnende Stellungnahme noch einmal zu bestätigen. Nicht nur der Briefwechsel zwischen Healey und führenden ungarischen Sozialdemokraten im Herbst 1947, sondern u. a. auch die Diskussion auf dem PPS-Kongreß in Wrocław im Dezember 1947 lassen aber erkennen, daß sich die politischen Beurteilungen des Marshallplans durch west- und osteuropäische Sozialisten, die keineswegs zu den linken Flügeln ihrer Parteien zählten, kaum unterschieden. Auf beiden Seiten wurde nicht ausgeschlossen, daß sich der Marshallplan für eine sozialistische Orientierung nutzen ließ, die zwischen „Kapitalismus" und „Sowjetismus" einen dritten Weg suchte. Die Gräben wurden also offenbar an anderer Stelle aufgerissen, und die Texte der Edition liefern zahlreiche Anhaltspunkte dafür, daß der Bruch – wie oben schon angedeutet – in der Tat vor allem durch die deutsche Problematik herbeigeführt wurde. Mit der Perspektive der Entstehung eines westdeutschen Teilstaates, der durch die westlichen Alliierten ökonomisch und politisch gestützt wurde und dessen Wiedererstarken nur eine Frage weniger Jahre schien, gerieten die sozialistischen Bewegungen in Osteuropa unter den immensen Druck einer von nationalen Befürchtungen und Protesten beherrschten öffentlichen Meinung, die ihren Handlungsspielraum entscheidend einengte. Sicherheitspolitische Überlegungen und damit die Betonung des außenpolitischen Schutzes und der Grenzgarantien, die man sich von der Sowjetunion erhoffte, drängten von nun an in den osteuropäischen sozialistischen Parteien – wie die Quellen vielfach belegen – alle anderen programmatischen Zielvorstellungen in den Hintergrund.

Daß der Problemkomplex Deutschland – die internationale sozialistische Bewegung mußte sich diesem vor allem mit der Frage der Wiederaufnahme der SPD in die internationale sozialistische Gemeinschaft stellen – zumindest phasenweise den Punkt darstellte, an dem – vor allen tiefgreifenden ideologischen und politischen Meinungsverschiedenheiten – über Zusammenarbeit oder Auseinanderbrechen der europäischen sozialistischen Bewegung entschieden wurde, zeigen auch die oben bereits erwähnten Protokolle der Gespräche zwischen der PPS-Delegation und der SFIO-Führung in Paris im Frühjahr 1946. Obwohl sich gerade die PPS und die SFIO aus den verschiedensten Gründen ideologisch spinnefeind gegenüberstanden, wurde in einem Punkt völlig problemlos eine Einigung erzielt: Beide Parteien sollten zu gegebener Zeit in ihrer Presse eine gemeinsame Kampagne für die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze einleiten, beide Parteien sollten eine gemeinsame Deutschland-Politik verfolgen und entsprechende Deklarationen veröffentlichen, beide Parteien sollten in einer gemeinsamen Aktion verhindern, daß sich die politischen Kräfte in Deutschland vor der notwendigen politischen Umerziehung der Deutschen neu organisierten, und beide Parteien sollten (gemeinsam mit anderen sozialistischen Parteien der Nachbarstaaten Deutschlands) die Kontrolle über den Wiederaufbau der SPD ausüben. Auch innerhalb der PPS ebnete die als bedrohlich empfundene Formierung des westdeutschen Teilstaates ideologische Differenzen ein: Wenige Tage vor der Antwerpener Konferenz (28. November bis 2. Dezember 1947), auf der – wie lange vorher abzusehen – die SPD in die Internationale zurückkehrte und damit dokumentiert wurde, daß Westdeutschland nun auch auf der Ebene der internationalen sozialistischen Bewegung enger an Westeuropa gebunden wurde, plädierten die PPS-

Vertreter Julian Hochfeld, Kazimierz Rusinek und Adam Rapacki in Gesprächen mit italienischen Sozialisten in Rom dafür, den Kampf gegen die „rechten Flügel" der sozialistischen Parteien einzustellen. Im Falle der PPS hieß das, die Traditionen jener polnischen sozialistischen Gruppierungen wiederaufzunehmen, die im Zweiten Weltkrieg – auch mit starken antisowjetischen Tendenzen – einen bedeutenden Beitrag zum nationalen Widerstand geleistet hatten.